

Bundesamt für Energie  
Sektion Entsorgung radioaktiver  
Abfälle  
3003 Bern

Mettlen, 6. März 2018

## **Vernehmlassung zur Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihre Einladung zur Vernehmlassung. Die SVP Thurgau nimmt zum Sachplan geologische Tiefenlager wie folgt Stellung:

Aus Sicht der SVP Thurgau bewährte sich das bisherige etappierte Verfahren des Sachplans als Planungsinstrument. Es sollte nicht mehr abgeändert und so rasch wie möglich umgesetzt werden.

Die Abfälle sind vorhanden und müssen gemäss Gesetz sicher entsorgt werden. Wir alle stehen damit in der Verantwortung, denn die Sicherheit ist bei radioaktiven Abfällen das oberste Gebot und politische Argumente dürfen dies nicht in Frage stellen.

Bisher ergaben sich grössere Verzögerungen im vorgesehenen Zeitplan. Der SVP Thurgau ist es ein grosses Anliegen, dass sich dies in Etappe 3 nicht forstsetzt. Die Entscheidungsträger, besonders das BFE und der Bundesrat, sollen rasch, unbürokratisch und eindeutig entscheiden.

Das Verfahren soll mit den bestehenden Ressourcen innerhalb des BFE abgeschlossen und die Abläufe möglichst effizient gestaltet werden.

Wir dürfen die Verantwortung der sicheren Lagerung nicht noch weiter an neue Generationen weiterverschieben.

Die Festlegungen zu den weiter zu untersuchenden Standortregionen (Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost) mit den zugehörigen Arealen für die Oberflächenanlagen erscheinen uns plausibel.

## Empfehlungen für die Etappe 3

- Wir erwarten eine zielgerichtete Untersuchung der verbleibenden Standortregionen, so intensiv, dass es für einen guten Standortentscheid reicht, aber auch schlank genug, um in nützlicher Frist einen Entscheid treffen zu können.
- Wir erwarten eine termingerechte und straffe Führung des Prozesses durch das zuständige Bundesamt und den Bundesrat.
- Die SVP Thurgau begrüsst den direkten Einbezug der betroffenen Bewohner, Gemeinden und Regionen für die weitere Konkretisierung des Projekts.
- Die Frage der Abgeltungen soll mit den betroffenen Landbesitzern, Regionen und Kantonen entsprechend der zu tragenden Lasten fair und transparent geregelt werden.
- Eine öffentlich wahrnehmbare Information und Kommunikation soll unbedingt sichergestellt werden.
- Die Erschliessung der Anlagen (Tiefenlager) hat auf dem kürzesten und sichersten Weg zu erfolgen.
- Beim gesamten Prozess sollen auch mögliche Betroffene vom Nachbarland Deutschland angehört werden. Alle Verfahren und Entscheidungen müssen unter der Schweizer Hoheit, in der Schweiz getroffen werden. Störmanöver aus dem Ausland dürfen den Ablauf des Verfahrens in keiner Weise beeinflussen.

Wir bedanken uns für die positive Aufnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SVP Thurgau



Ruedi Zbinden  
Präsident